



*Klaus Kubernus-Perscheid
Pastor Wolf Str. 12
46487 Wesel
Tel.: 02803 8303
klaus.kubernus@t-online.de
<https://www.attac-netzwerk.de/niederrhein>*

Wesel, 15.12.2021

Pressemitteilung: 10 Jahre „Sozialticket“ im Kreis Wesel – Kein Grund zu feiern

2008 startete das globalisierungskritische Netzwerk attac-Niederrhein einen Aufruf zur Gründung eines Aktionsbündnisses für ein preiswertes Sozialticket in den Kreisen Kleve und Wesel. Der Aufruf war eine lokale Antwort auf das 2005 von der rot-grünen Bundesregierung eingeführte Hartz IV Gesetz. Für Millionen von Menschen in Deutschland wurde „die existenziell wichtige Lohnersatzleistung, die Arbeitslosenhilfe, faktisch abgeschafft und durch eine bloße Fürsorgeleistung, das Arbeitslosengeld II, ersetzt.“⁽¹⁾

Die damit verbundenen Leistungskürzungen führten bei vielen Menschen zu enormen Verunsicherungen. Lebensversicherungen und Sparverträge wurden vorzeitig aufgelöst, Mietwohnungen wurden aufgrund der Größe aufgegeben. Vielen Betroffenen war plötzlich klar, dass für sie die Altersarmut unausweichlich wurde.

Durch die wenigen noch verfügbaren finanziellen Mittel konnten Betroffene nicht mehr am politischen und kulturellen Leben teilnehmen. Ein Hindernis unter vielen war, dass sich diese Menschen die hohen Fahrtkosten im öffentlichen Nahverkehr nicht mehr leisten konnten. Bis zum heutigen Zeitpunkt werden sie in den künstlich kleingerechneten Hartz-Regelsätzen nicht angemessen berücksichtigt.

Der Aufruf von attac-Niederrhein stieß im Frühjahr 2008 auf enorme Resonanz bei Sozialverbänden, christlich orientierten Organisationen, Gewerkschaften und Vertretern verschiedener politischer Parteien. Am 25. Oktober fand dann das erste „Forum für ein Sozialticket Niederrhein“ in Xanten statt. Dort konstituierte sich erstmals die Initiative „Sozialticket Niederrhein Jetzt!“. Es folgten weitere Foren, Befragungen von Kommunalpolitiker*innen und Straßenaktionen, die das Ziel verfolgten, die Forderung nach einem Sozialticket in die Öffentlichkeit zu tragen. Die politisch verantwortlichen Kommunalpolitiker*innen zeigten sich unbeeindruckt. So wurden mehrere Bürgeranträge, die von der Initiative an die Kreistage Kleve und Wesel gestellt wurden, mehrheitlich abgelehnt.

Erst im Laufe des Jahres 2010 änderte sich die Lage. Auch in anderen Städten wie Dortmund, Düsseldorf und Duisburg waren inzwischen Initiativen entstanden, die sich lautstark für ein Sozialticket einsetzten. Die rotgrüne Landesregierung in NRW reagierte auf den enormen öffentlichen Druck und stellte den Kommunen und Verkehrsverbänden 2011 eine Fördersumme von 15 Millionen € zur Verfügung. Dadurch waren die Kreistage in Wesel und Kleve in Zugzwang geraten und mussten reagieren. Der Verweis auf die Haushaltslage hielt nun nicht mehr Stand. Ab 1. Dezember 2011 beteiligen sich die Kreise Kleve und Wesel an dem Projekt "VRR-Sozialticket", das für 29,90 € angeboten wurde. Die Differenz zwischen dem von der Bundesregierung zugestandenen 22,78 € im Regelsatz und dem „VRR-Sozialticket“ betrug schon damals 7,12 €. Dazu kam, dass dieses Ticket nur für die Preisstufe A (z.B. Stadtbereich Wesel) galt und außerdem zeitlich befristet war. Die Nutzerrate war dementsprechend gering (Kreis Wesel, Januar 2012: 0,8%) und die Proteste gegen diese Regelungen nahmen an Fahrt auf.

Ab 2013 stellte dann die Landesregierung 30 Millionen € zur Verfügung. (2) Seit Januar 2013 ist dieses Ticket daher auch in Wesel und Kleve kreisweit gültig. Mit dieser Entscheidung hatte der VRR-Verwaltungsrat auf die Kernforderungen der Initiativen: "Die Kreisstadt muss von allen Orten im Kreis mit diesem Ticket erreichbar sein!" reagiert.

Die entsprechende Richtlinie für die Förderung des Sozialtickets (3) ist allerdings befristet und somit abhängig von den politischen Mehrheitsverhältnissen im Land NRW. So kam es nach dem Regierungswechsel 2017 zu Plänen der CDU geführten Landesregierung, den Zuschuss massiv zu streichen. Das führte zu massiven Protesten von Sozialverbänden, Sozialticket-Initiativen, Gewerkschaften, Parteien und christlichen Organisationen, dass Ministerpräsident Laschet seine Pläne zurücknehmen musste. Seit dieser Zeit arbeitet attac-Niederrhein beim landesweiten "Bündnis Sozialticket NRW" mit, das sich im Januar 2018 gegründet hat.

Seit der Einführung wurde der Preis vom Verkehrsverbund VRR acht Mal erhöht. Ab dem kommenden Jahr kostet das Ticket 39,80 €. Das entspricht einer Preissteigerung von mehr als 33% innerhalb von 10 Jahren.

Unsere Hauptkritikpunkte an dem "VRR-Sozialticket" sind nach wie vor:

1. Das „VRR-Sozialticket“ ist zu teuer

Im Hartz-IV Regelsatz sind ab 2022 etwa 28,00 € im Monat für Verkehrsdienstleistungen vorgesehen. Asylbewerbern wird nicht mal dieser Betrag zugestanden. Ganz zu schweigen von den Hartz-Sanktionierten. Für mehr als 50.000 Menschen im Kreis Wesel (11,1 %) ist es daher kaum möglich am sozialen Leben teilzunehmen (4). Mobilität wird für Arme damit zum Luxus.

2. Die Reichweite ist nicht ausreichend

Neben den hohen Kosten für das Ticket kommt hinzu, dass die Reichweite des Tickets gerade in einem ländlich geprägten Kreis wie Wesel nicht ausreicht. Während die meisten Menschen in unserem Land mit einem günstigen Flugticket um die halbe Welt reisen können, kommen arme Menschen mit einem teuren VRR-Sozialticket nicht über ihren Landkreis hinaus. Arbeitsstellen, Freunde oder nächsten Verwandte in Oberhausen oder Duisburg, bleiben für sie unerreichbar.

3. Die Rahmenbedingungen des „VRR-Sozialtickets“ führen zu Ausgrenzung und Diskriminierung

Das „VRR-Sozialticket“ ermöglicht nur eine kostenfreie Mitnahme von maximal 3 Kindern bis zu 14 Jahren nach 19 Uhr sowie ganztägig an den Wochenenden und gesetzlichen Feiertagen. Mit dieser Regelung weicht das „VRR-Sozialticket“ von den Mitnahmemöglichkeiten anderer Tickets (Semesterticket, Barenticket, Ticket2000, etc.) ab und diskriminiert damit den Benutzerkreis. Mit anderen, ebenfalls subventionierten Tickets ist die Mitnahme von mindestens einer Person über 14 Jahre möglich. Es können mit solchen Tickets sogar bis zu fünf Personen mitfahren. Die Möglichkeit, Busse und Bahnen auch am Wochenende gemeinsam mit der gesamten Familie zu nutzen ist unserer Auffassung nach eine wichtige Voraussetzung dafür, soziale Kontakte aufrecht zu halten. Warum das mit der oben genannten Regelung verhindert werden soll, ist uns nicht ersichtlich.

Fazit:

Die heutigen Bedingungen des "VRR-Sozialtickets" werden weiterhin dazu führen, dass die Nutzerquote gering bleiben wird. 2018 lag sie im Kreis Wesel bei 5,3 %. Die Initiative „Sozialticket Niederrhein Jetzt!“ schätzt, dass dies im Kreis Kleve nicht viel anders aussieht und fordert die Kreistage in Kleve und Wesel auf, endlich ein Ticket anzubieten, dass den Bedürfnissen der sozial ausgegrenzten Menschen am Niederrhein entgegenkommt.

Wir fordern ein Sozialticket, das seinen Namen verdient!

Wir meinen, dass für alle Menschen am Niederrhein der Zugang zu umweltschonender Mobilität eine Selbstverständlichkeit sein sollte.

Nachtrag:

Auf den Webseiten der Bundesregierung heißt es:

„Wer auf Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II angewiesen ist, bekommt ab Januar 2022 mehr Geld. Der Bundesrat hat der Verordnung der Bundesregierung zugestimmt. Alleinstehende Erwachsene erhalten dann 449 Euro im Monat – drei Euro mehr als bisher. Die Regelsätze für Kinder und Jugendliche steigen ebenfalls.“ (5)

Das macht eine Erhöhung von 0,67% aus. Die Inflationsrate wird derzeit von Statistischen Bundesamt mit 5,2 % angegeben. (6). Auch die neu gewählte Bundesregierung will die Höhe der Regelsätze im neu genannten „Bürgergeld“ nicht anheben. Und ob die nächste NRW-Landesregierung die Förderungssumme für das Sozialticket anheben wird bleibt fraglich.

(1) Butterwegge, Christoph, Hartz IV und die Folgen

<https://www.perlentaucher.de/buch/christoph-butterwegge/hartz-iv-und-die-folgen.html>

(2) Sozialticket: Das Land NRW bewilligt 30 Millionen Euro.

https://www.vm.nrw.de/presse/pressemitteilungen/Archiv-des-MBWSV-2013/2013_04_15_Sozialticket/index.php

(3) Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sozialtickets

https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_vbl_detail_text?anw_nr=7&vd_id=16712&ver=8&val=16712&sg=0&menu=1&vd_back=N

(4) Kreis Wesel, Anfrage von ATTAC-Niederrhein, 16.1.2019

<https://www.attac-netzwerk.de/niederrhein/initiativen/sozialticket>

(5) Bundesregierung, Regelsätze steigen ab 2022

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regelsaetze-steigen-1960152>

(6) Statistisches Bundesamt, 11.12.2021

https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Verbraucherpreisindex/_inhalt.html